

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Christian Bohr (KV Erfurt)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 400 bis 401 einfügen:

bei beiden Elternteilen auf, wollen wir den sogenannten Umgangsmehrbedarf im Steuer- und Sozialrecht berücksichtigen.

Wir setzen auf die gesellschaftliche Kraft der Menschen unseres Landes in ihrer ganzen Vielfalt und wollen deshalb eine Verantwortungsgemeinschaft einführen, damit auch jenseits der Ehe zwei oder mehr volljährige Personen rechtlich füreinander Verantwortung übernehmen können. Menschen sollen frei entscheiden, wie sie ihre Verantwortungsbeziehungen absichern.

Begründung

Wir setzen zurecht auf die gesellschaftliche Kraft der Menschen unseres Landes in ihrer ganzen Vielfalt. Die Menschen brauchen dazu mit der Verantwortungsgemeinschaft endlich auch einen gesetzlichen Rahmen, um persönliche Näheverhältnisse rechtlich abzusichern. Der Schutz der Ehe wird dabei nicht berührt. Vielmehr sollen Menschen künftig frei entscheiden können, wie sie ihre Verantwortungsbeziehungen absichern, ganz individuell wie sie es in freier Selbstbestimmung möchten. Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag für die gesellschaftliche Zukunft.

weitere Antragsteller*innen

Nico Wettmann (KV Neunkirchen/Saar); Jonas Franz (KV Darmstadt); Simon Terzenbach (KV Karlsruhe); Tim Gilzendingen (KV Mainz); Martin Cotterill (KV Saarpfalz); Nick Marx (KV Karlsruhe); Karl Hänsel (KV Lübeck); Julian Bonenberger (KV Sankt Wendel); Sven Günther (KV Leipzig); Stefan Bomsdorf (KV Karlsruhe); Lara Bütermann (KV Neunkirchen/Saar); Lukas Redemann (KV Saarbrücken); Dominik Lopes da Silva (KV Fulda); Santino Klos (KV Saarbrücken); Philipp Lang (KV Stuttgart); Dennis Vogel (KV Saarbrücken); Niko Riebel (KV Karlsruhe); Tom Gürtler (KV Gotha); Christian Albusat (KV Saarbrücken); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.